Calw 20

Kreisstadt Calw

Bebauungsplanänderung „Jm Steckenäckerle"

Maßstab 1:500

Gefertigt


Calw, den 20. AUGUST 1971

Stadtplanungsamt

Dipl. Jng.

Genehmigt laut Erlaß des Landratsamts Calw vom 20.6.1973 Nr. 221-612.21

Zur Begl.



0010-028

Kreisstadt Calw

Bebauungsplanänderung

"Im Steckenäckerle I ", OW 174

I. Aufstellungsverfahren:

1. Dieser Plan samt den zugehörigen örtlichen Bauvorschriften wurde gem. § 2 (1) BBauG. v.23.6.196o und § 111 der LBO Baden-Württemberg vom 6.4.1964 durch Beschluss des Gemeinderates der Stadt Calw vom 11. MÄRZ 1971 aufgestellt.

2. Die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 2 Abs.5 BBauG. in der Zeit vom 24.1.1972 bis 14.2.1972 gehört.

   Die Liste der angehörten Stellen, sowie der weitere Schriftverkehr sind Anlagen dieser Aufstellung.

3. Die Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wurde am 18. OKTOBER 1972 öffentlich bekannt gemacht.

4. Dieser Plan hat gem. § 2 (6) BBauG. in der Zeit vom 26. OKTOBER 1972 bis 27. NOVEMBER 1972 öffentlich ausgelegen. Die eingegangenen Bedenken und Anregungen und deren Abwicklung ergeben sich aus den Unterlagen.

Calw, den 12.12.1972

5. Der Plan wurde gem. § lo BBauG. und § 111 LBO in Verbindung mit § 4 (1) GO für Baden-Württ. vom 25.7.1955 vom Gemeinderat am 30.11.1972 als Satzung beschlossen.

6. Der Bebauungsplan besteht aus folgenden Anlagen, die Bestandteil der Satzung sind:

   a) Karte 1:5oo vom 21.4.1971

   b) Regelschnitt M. 1:5o

   c) Straßenabwicklung M 1:2oo

   d) Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan.

   Ausserdem ist eine Begründung beigefügt. vergl. § 9 Abs.6 BBauG.

   (siehe besondere Anlage)

Bürgermeister

II. Genehmigungsverfahren:

7. Dieser Plan wurde gem. § 11 BBauG. und § 111 LBO von Baden-Württemberg durch das ~~Reg. Präs.~~ LANDRATSAMT CALW ~~Südwürttemberg-Hohenzollern~~ genehmigt, mit Erlass vom 20.6.73 Nr. 221-612.21/Lue

8. Die Genehmigung dieses Planes, sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurde gem. § 12 BBauG. am 11. AUGUST 1973 ortsüblich bekannt gemacht.

9. Der genehmigte Plan hat gem. § 12 BBauG. in der Zeit vom 11.8.1973 bis 24.8.1973 öffentlich ausgelegen.

1o. Der Bebauungsplan ist am 11. AUGUST 1973 rechtsverbindlich geworden.

Beurkundung:

Calw, den 28. AUGUST 1973

Bürgermeister :

Kreisstadt C a l w

Bebauungsplanänderung

"Im Steckenäckerle I "

OW 174

1) Planungsrechtliche Festsetzungen:

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung:

(§ 1 Abs.2, Ziffer 2 BauNVO, § 9 Abs.1 Nr.1 Buchstabe a BBauG., sowie §§ 16-2o und 21 a BauNVO.)

Ergeben sich aus den in der Karte zum Bebauungsplan durch Zeichnung, Farbe, Schrift oder Text getroffenen Festsetzungen :

1.2 Bauweise:

(§ 22 Abs. 1 und 2 BauNVO)-offene Bauweise-

1.3 Stellung der Gebäude:

Ergibt sich eindeutig aus der Karte zum Bebauungsplan.

1.4 Überbaubare Grundstücksflächen:

(§ 23 Abs.5 BauNVO)

x.) siehe unten

Ausser den in dem § 3 (2) BauNVO genannten Anlagen sind auch untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen zulässig, soweit sie dem Nutzungszwecke der innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gelegenen Grundstücke entsprechen. ~~§ 31 BBauG. findet Anwendung.~~

1.5 Stellplätze und Garagen für Kraftfahrzeuge:

(§ 12 BauNVO)

Die ~~Zahl und~~ Stellung der Garagen und Stellplätze ergeben sich aus den in der Karte zum Bebauungsplan eingetragenen Festsetzungen.

1.6 Sockelhöhen:

Die Sockelhöhen (Erdgeschoßfußbodenhöhen) sind in der Karte zum Bebauungsplan verbindlich für jedes Gebäude, ausgenommen Garagen, festgelegt.

x.) Hinweis: Satzung zur Änderung über die Zulassung von Nebengebäuden außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen vom 15.06.1984

2) ~~Bauordnungsrechtliche Festsetzungen :~~ Örtliche Bauvorschriften:

(§§ 3 und 111 LBO)

~~(§ 16 BauNVO)~~

~~(§§ 13, 14 und 15 LBO)~~

~~2.11 Zahl der Geschosse :~~

~~Die Festsetzung im Bebauungsplan I und V bedeutet, daß aus topographischen Gründen das Untergeschoss talseitig voll aus dem Boden ragen muss, wobei die anrechenbare Geschossfläche für das UG. weniger als 2/3 der Hauptgeschosse betragen muss.~~

~~2.12 Kinderspielflächen~~ :

~~Für alle Grundstücke, die mit mehr als 3 Wohneinheiten bebaut sind, gilt § 13 Abs.2, Satz 1 LBO sinngemäß.~~

2.11 ~~2.13~~ Einfriedungen :

Bergseitig sind Stützmauern bis max. 2,5 m anzubringen, wobei die Sichtflächen einheitlich mit Buntsandstein oder ähnlichem Material zu verkleiden sind, ausgenommen von dieser Regelung sind die in die Stützmauern eingebauten Garagen.
Talseitig sind Jäger- oder Scherenzäune vorzusehen, die Höhe wird auf max. 1,25 m beschränkt. Gemauerte Zwischenpfeiler aus Buntsandstein oder gleichwertigem Material können angebracht werden.

~~2.14 Sockelhöhen:~~

~~Diese sind gemäß § 15 LBO aufgrund der Geländerverhältnisse und Erschließungsanlagen in der Karte zum Bebauungsplan verbindlich für jedes Gebäude festgelegt.~~

~~3. Örtliche Bauvorschriften :~~

~~gemäß §§ 3 und 111 LBO :~~

2.12 ~~3.11~~ Dachform-Dachneigung:

a) Hauptgebäude: Die Gebäude sind mit Satteldächern zu versehen. Die jeweilige Dachneigung ergibt sich aus den Festsetzungen in der Karte zum Bebauungsplan.

b) Garagen : Soweit Garagen bergseitig in den Hang eingebaut werden, sind sie mit einem Flachdach zu versehen. Dies gilt auch für die talseitig eingebauten Garagen, wobei jedoch bei diesen gestattet wird, daß das Garagendach als Abstellplatz für Kraftfahrzeuge ausgebildet werden kann.

~~3.12 Bepflanzung: Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen, soweit sie nicht als Abstellplätze für Kraftfahrzeuge oder als Hofflächen in Anspruch genommen werden.~~

2.13 ~~3.13~~ Geländebewegungen:

Um ein einheitliches Landschafts- und Straßenbild zu erhalten, sind Anböschungen bzw. Abgrabungen so auszubilden, daß das natürliche Geländegefälle in seiner Struktur erhalten bleibt. An Nachbargrenzen und entlang von Erschließungsanlagen sind die natürlichen Geländeverhältnisse zu belassen bzw. gegenseitig aufeinander abzustimmen.

2.14 ~~3.14~~ Antennen: ~~und Erdung:~~

Pro Gebäude ist nur eine Antenne zulässig. ~~Jedes Gebäude, das mit elektr. Energie versorgt ist, ist mit einer Zentralerde zu versehen.~~

~~4) Erschließung, Versorgung, Entsorgung:~~

~~4.11 Erschließung: Der OW 174 ist verkehrsgerecht ausgebaut und dem Verkehr gewidmet. Gegenstand dieser Bebauungsplanänderung ist eine andere Aufteilung in Fahr- und Gehwegfläche~~

~~4.12 Versorgung: Das ausgewiesene Gebiet ist voll erschlossen. Im OW befinden sich Straßenbeleuchtungskabel, Wasser- und Gasleitungen.~~

~~4.13 Entsorgung: a) Kanalisation:~~

~~Die bergseitigen Gebäude werden über die Schmutzwasserdole im OW 174 entwässert.~~

~~b) Entmüllung:~~

~~Die Müllgefäße sind unmittelbar am OW 174 bereitzustellen.~~

Für diesen Plan und seine Festsetzungen gilt die Baunutzungsverordnung 1968 (Bundesgesetzblatt I, Seite 1237, bzw. I 1969, S.11)

Beschlossen vom Gemeinderat der Kreisstadt C a l w

am 30.11.1972

Bürgermeister

Die Festsetzungen unter Ziff. 1.4, 1.5, 1.6, Ziff. 2 Überschrift, Ziff. 2.11, 2.12, Ziff. 2.13 Überschrift, Ziff. 2.14, Ziff. 3 Überschrift, 3.11 Überschrift, 3.12, Ziff. 3.13 Überschrift, 3.14 Überschrift und Satz 2, Ziff. 4, 4.11, 4.12 wurden berichtigt bzw. gestrichen laut Genehmigungserlaß des Landratsamts Calw vom 20. Juni 1973

Calw, den 12. Juli 1973

Bürgermeister

Zeichenerklärung

WR	Reines Wohngebiet
MI	Mischgebiet
	Geltungsbereich des Bebauungsplanes
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
Firstlinie	Bauschema
Ga	Garagen
	Leitungsrecht (A = Abwasser) (W = Wasserleitung) (G = Gasleitung)
(I)	Zahl der Vollgesch. zwingend
I	Zahl der Vollgesch. Höchstgrenze
EFH	= Erdgeschoßfußbodenhöhe
SD	= Satteldach
DN	= Dachneigung
UG	= Untergeschoß
	Wasserleitungsschacht
	Kanalschacht
St	Stellplätze

Nutzungsschablone

Baugebiet	Zahl der Vollgeschoße
Grundflächenz.	Geschoßflächenz.
	Bauweise o=offene Bauw.

	Baulinie
	Baugrenze
	aufzuheben
	aufzuheben
V Verkehrsgrünfläche, Fahrbahn, Gehweg aufgehoben	Verkehrsfläche
	Grünfläche Parkanlage
pfb	Sichtfeld mit Nutzungsbeschränkung